

Motion Fraktion GLP/JGLP (Melanie Mettler, GLP): Nutzungseffizienz im öffentlichen Raum

Die Gestaltung des öffentlichen Raums gehorcht heute nicht dem Prinzip, möglichst viele Köpfe möglichst effizient zu befördern, sondern immer noch nach alten Grundsätzen aus dem letzten Jahrhundert. Diese priorisieren die Flüssigkeit des Verkehrs unabhängig von der Flächennutzungseffizienz der Verkehrsmittel.

Das heisst, dass für Beförderungsmittel mit hohem Flächenbedarf und niedriger Nutzungseffizienz unverhältnismässig viel städtischer Raum eingeplant wird. So sind heute weiträumige Gebiete noch für Verkehrsflüsse von Mobilitätsmitteln geplant, die nicht mehr den aktuellen Mobilitätsbedürfnissen der Bernerinnen und Berner entsprechen.

So wird auch bei wenig befahrenen Strassen der grösste Teil des Raums für die Fahrfläche von MIV besetzt. Für ressourcenschonendere Verkehrsmittel wie Fussverkehr und Veloverkehr steht der kleinste Teil des Raums zur Verfügung. Um jedoch die Attraktivität einer ressourcenschonenderen städtischen Mobilität zu erhöhen, braucht es nicht nur Fahrschluchten und Gehspuren, sondern Aufenthaltsraum für eine Vielfalt von Bewegungslogiken, von Familien und bis zu älteren Menschen, von Arbeitspendlerinnen und -pendlern bis zu spielerischen Fortbewegungsmitteln.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, bei der Gestaltung des öffentlichen Raums das Grundprinzip der Nutzungseffizienz anzuwenden und die Verkehrswege entsprechend zu gestalten.

Bern, 04. April 2019

Erstunterzeichnende: Melanie Mettler

Mitunterzeichnende: Claude Grosjean, Maurice Lindgren, Patrick Zillig, Irène Jordi, Marianne Schild

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion betrifft die Ausgestaltung des Strassenraums und damit inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Der Gemeinderat hat sich schon mehrfach zur ressourcenschonenden und nachhaltigen Mobilität bekannt. Die Ziele sind sowohl im Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 sowie in der Energie- und Klimastrategie 2025 verankert: Die Mobilität soll stadtverträglich und langfristig klimaneutral sein. Ein intelligentes Gesamtverkehrskonzept und Verkehrsmanagement ermöglichen eine multimodale, flexible und bedarfsgerechte Verkehrsmittelwahl für alle Nutzergruppen. Für die klimaneutrale Mobilität soll eine Umlagerung des bestehenden motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf den öffentlichen Verkehr (öV) sowie auf den Velo- und Fussverkehr angestrebt werden.¹

¹ <https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/energie/energie-und-klimastrategie>

Mit dem im Mai 2019 veröffentlichten Positionspapier zur Klimadebatte in der Stadt Bern hat der Gemeinderat einen erweiterten Handlungsplan Klima beschlossen mit dem Ziel, die CO₂-Reduktionen zu beschleunigen.² Dieser Handlungsplan zielt mit mehreren Massnahmen sowohl für den stehenden als auch für den rollenden Verkehr auf die Verlagerung vom MIV hin zum öV und Langsamverkehr und schafft neue Möglichkeiten für die Nutzung des öffentlichen Raums.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionärin, dass die ressourcenschonende und nachhaltige Mobilität dringend gefördert werden muss. Dies bedarf auch der Anpassung und Umgestaltung des öffentlichen, insbesondere auch des Strassenraums, damit dieser den heutigen Mobilitäts- und Aufenthaltsbedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Bern gerecht werden kann. Mit der Lancierung der Velo-Offensive sowie den Massnahmen des Richtplans Fussverkehr – dieser soll bis Ende 2019 behördenverbindlich erklärt werden – sollen sichere und attraktive Fusswegverbindungen geschaffen und damit die Infrastruktur für den Langsamverkehr weiter ausgebaut werden. Es bestehen aber auch verschiedene Initiativen, Bedürfnisse der Wohnbevölkerung nach einer vielfältigen Nutzung des öffentlichen Raums aufzunehmen. So entstehen beispielsweise auf Initiative der Anwohnenden temporäre Möblierungen und Umnutzungen des Strassenraums in den Quartieren. Im Rahmen des bereits erwähnten Positionspapiers zur Klimadebatte hat der Gemeinderat zudem verschiedene Massnahmen beschlossen, welche die Zielrichtung des Vorstosses konkret aufnehmen; dies betrifft insbesondere die geplante Reduktion von öffentlichen Parkplätzen (Massnahme Nr. 13), die langfristig angestrebten Mobilitätshubs und autofreie Innenstadt (Nr. 15), die Optimierung des Verkehrsmanagements mitsamt dem Abbau von Fahrspuren (Nr. 17) sowie die grossflächigen und regelmässigen autofreien Sonntage (Nr. 20).

Der Gemeinderat unterstützt aus diesen Gründen das Anliegen der Motion und ist bereit, sie als Richtlinie anzunehmen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Folgen für das Personal und die Finanzen lassen sich nicht abschätzen. Sie sind Bestandteil der jeweiligen Einzelprojekte, für welche das zuständige Organ die notwendigen Kredite zu bewilligen haben wird.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 21. August 2019

Der Gemeinderat

² https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/5-vor-12-fuer-den-klimaschutz-bern-schreit-zuegig-voran/dokumente-1/positionspapier-des-gemeinderats-zur-klimadebatte.pdf/view